

## Schweiz

### Andreas Gross wird 2015 vom politischen Parkett abtreten

Der langjährige Zürcher SP-Nationalrat und Europarat Andreas Gross kündigt seinen Rückzug aus den politischen Institutionen an. Er werde bei den Nationalratswahlen 2015 nicht mehr kandidieren, erklärte Gross gestern Abend auf Anfrage: «24 Jahre sind genug. Ich hätte gerne mehr Zeit für vieles, das heute zu kurz kommt.»

Gross wird damit auf diesen Zeitpunkt hin auch aus dem Europarat ausscheiden. Dort sitzen nur aktive Parlamentarier aus den Mitgliedsstaaten. Ursprünglich hoffte Gross gemäss eigenen Angaben, 2014 Europaratspräsident werden zu können, da dieses Amt turnusgemäss den Sozialdemokraten zufallen sollte. Die Aussicht auf das prestigeträchtige Mandat trug mit dazu bei, dass die Zürcher SP Gross 2011 für eine sechste Amtszeit im Nationalrat nominierte. Später stellte sich heraus, dass 2014 in Wahrheit die Liberalen Anspruch auf das Präsidium haben.

Gross sagt, er habe «ein falsches Reglement im Kopf gehabt». Zwar sei es bis Dezember 2013 noch möglich, dass sich Liberale und Sozialdemokraten auf einen Abtausch ihrer Präsidentschaft einigten. Doch die Chancen stünden «momentan nicht gut». Die Sozialdemokraten wären erst 2016 an der Reihe. Gross wird dann nicht mehr dazugehören: Er möchte sich seinen Buchprojekten und Lehraufträgen im In- und Ausland widmen, wie er sagt. Die laufende Legislatur will der Politologe, der in den 80er-Jahren landesweite Berühmtheit als Armeegegnere erlangte, aber zu Ende bringen: Ein vorzeitiger Rücktritt sei kein Thema.

Fabian Renz

### Nachrichten

#### Staatsschutz 4000 alte Fichen sind noch hängig

Der Nachrichtendienst des Bundes prüft weiter alte Fichen. 4000 Dossiers sind in der Staatsschutz-Datenbank Isis noch hängig, ursprünglich waren es 114 000. Bis Ende Jahr sollen alle Fichen gesetzeskonform überprüft werden. Das Verteidigungsdepartement bestätigte einen entsprechenden Bericht der «Berner Zeitung». Aufgeflogen war der jüngste Fichenskandal Mitte 2010. Damals wurde bekannt, dass der Nachrichtendienst jahrelang willkürlich Personen-daten erfasst hatte. (SDA)

#### Asylpolitik

#### Basel kriegt Mitte November ein Asylschiff

In Basel geht voraussichtlich Mitte November ein Asylschiff in Betrieb. Einsprachen hatten erstinstanzlich keinen Erfolg, wie das Baudepartement vermeldet. Das Passagierschiff soll bis zu 90 Asylsuchende aufnehmen und im St. Johann-Quartier oberhalb der Dreirosenbrücke vertäut werden. Dort wird es maximal ein Jahr lang betrieben. (SDA)

#### Aussenpolitik

#### Turkmenistans Präsident besucht die Schweiz

Der turkmenische Präsident Gurbanguli Berdimuchammedow besucht am kommenden Montag die Schweiz. Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf und Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann empfangen den Staatschef auf dem Landsitz Lohn. Das Aussendepartement bestätigte einen entsprechenden Bericht der NZZ. (SDA)

#### Kirche

#### Liechtenstein plant Religionsreform

Die katholische Kirche mit Erzbischof Wolfgang Haas an der Spitze soll in Liechtenstein den Status als Landeskirche verlieren. Die Regierung will die Verhältnisse zwischen Staat und Religionsgemeinschaften neu regeln und alle Religionen gleichbehandeln. Mit der Verfassungsrevision, die die Regierung ans Parlament verabschiedet hat, soll das Landeskirchentum abgeschafft und die Gleichstellung aller Religionsgemeinschaften ermöglicht werden. Im Fürstentum Liechtenstein sind etwa 75 Prozent der Bevölkerung katholisch. (SDA)

## Die Schweiz muss wohl nachbessern

Die EU-Antwort auf die Schweizer Vorschläge zu den Bilateralen steht noch aus, ist aber absehbar.

#### Von Stephan Israel, Brüssel

Die EU nimmt sich Zeit für ihre Reaktion auf die Vorschläge der Schweiz zum Neuanfang in den bilateralen Beziehungen. Noch diesen Monat will man bei der EU-Aussenbeauftragten Catherine Ashton anlässlich eines Besuchs von Staatssekretär Yves Rossier in Brüssel noch einmal den Spielraum des Bundesrats ausloten. Erst im Dezember wollen die EU-Staaten ihre definitive Antwort festlegen.

Die Vorzeichen sind allerdings alles andere als gut: Brüssel weise die Vorschläge der Schweiz zurück, titelte gestern die Westschweizer Zeitung «Le Temps». Dazu erschien eine Karikatur, auf der die EU einen Verhandlungstisch in Form einer Zugbrücke hochklappt und eine verdutzte Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf zurücklässt. Hintergrund ist eine interne sechsseitige Analyse des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) von Catherine Ashton, in der kaum ein gutes Haar an den Schweizer Vorschlägen gelassen wird.

#### Streit um Standards

Zwar wird dort gewürdigt, dass der Bundesrat dem Ziel einer homogenen Anwendung der Binnenmarktregeln und der Übernahme des dynamischen EU-Rechts im Prinzip zustimmen will. Doch selbst das einzige Lob für die Vorschläge aus der Schweiz wird in der Analyse schnell wieder eingeschränkt. Die Schweiz wolle das Prinzip der homogenen Interpretation und Anwendung offenbar nur für neue Abkommen akzeptieren.

Die EU wird aber darauf pochen, dass die neuen Spielregeln auch für alte Abkommen wie jenes über die Personenfreizügigkeit gelten. Gerade dort häuften sich zuletzt die Differenzen bezüglich der richtigen Interpretation der Rechtstexte. Weiter wird in der Analyse moniert, dass die Schweiz sich vorbehalten will, auch künftig Abkommen nicht an neues EU-Recht anzupassen, wenn sie sich selber «ausnahmsweise» dazu nicht in der Lage sehe.

Die Hauptkritik bezieht sich jedoch auf Vorschläge der Schweiz, wie Überwachung und die Streitschlichtung künftig organisiert werden sollen. Bisher enden Differenzen ungelöst in den sogenannten Gemischten Ausschüssen. Diese können nicht entscheiden, wer recht hat. Die Schweiz sei offenbar nicht bereit, die Instrumente zu akzeptieren, damit das

Ziel einer homogenen Anwendung der Binnenmarktregeln auch erreicht werden könne, heisst es in Brüssel.

Dabei hatte Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf in ihrem Brief vom Juni der EU eine Schweizer Kommission angeboten, die ähnlich dem Brüsseler Pendant über die korrekte Anwendung der bilateralen Abkommen wachen könnte. Schiedsgericht im Streitfall wäre das Bundesgericht in Lausanne. Die EU will jedoch eine supranationale Überwachungsbehörde und eine europäische Gerichtsbarkeit, die im Streitfall abschliessend entscheiden kann. Im Vorschlag aus Bern bleibe die Kontrolle über die korrekte Anwendung der bilateralen Abkommen ausschliesslich in den Händen der Schweizer Behörden und unterliege keiner externen Instanz, wird in der Analyse moniert.

Anders als für die Schweiz bedeutet aus der Sicht des Auswärtigen Dienstes in Brüssel unabhängig automatisch supranational: Nationale Behörden könnten niemals die Standards punkto Unabhängigkeit erfüllen, wie sie für die EU-Kommission und den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg gegenüber den Mitgliedsstaaten Praxis seien. So würden gemäss Vorschlag aus Bern auch in Zukunft Schweizer Behörden darüber entscheiden, ob die Schweiz EU-Recht korrekt anwende. Der Schweizer Vorschlag sei unausgewogen und entspreche nicht den Anforderungen, wie sie der Rat der Mitgliedsstaaten 2010 formuliert habe, heisst es in der internen Analyse.

#### Hoffen auf Konsultationen

Allerdings ist die Einschätzung aus dem Haus der EU-Aussenbeauftragten nur eine Stimme in Brüssel. Die Hoffnungen dürften vor allem auf den Mitgliedsstaaten ruhen, mit denen die Kommission diese Woche auf Basis der Ashton-Analyse die Konsultationen begonnen hat. Am Ende zählt auch die Stimme des EU-Parlaments, das seit dem Vertrag von Lissabon bei Abkommen mit Drittstaaten das letzte Wort hat.

«Wir klappen die Zugbrücke nicht hoch», wurde gestern in EU-Kreisen relativiert. Der Schweizer Vorschlag sei eine gute Grundlage für die Gespräche mit den Mitgliedsstaaten, die Analyse des EAD nicht die Antwort an den Bundesrat. Am Ende müssten beide Seiten sich bewegen.

## Die SVP hat genug vom Parterre

Nach Dutzenden von Sachbeschädigungen zieht das SVP-Sekretariat um.

#### Von Christian Brönnimann, Bern

Eingeschlagene Fenster, Schmierereien und Kraftausdrücke an der Fassade, kaputte Storen: Das Generalsekretariat der SVP Schweiz im Parterre eines Wohn- und Bürohauses im Berner Uniquartier Länggasse ist immer wieder Ziel von Attacken. Die Liegenschaft ist deshalb fester Bestandteil der Autopatrouillen der Kantonspolizei. Tageslicht dringt schon lange nicht mehr an die Arbeitsplätze der zwölf Sekretariatsmitarbeiter. Zu ihrem Schutz sind die Storen zu jeder Tages- und Nachtzeit unten. Als Vandalen sie im vorletzten Winter weggerissen hatten, waren die Fenster sogar wochenlang mit Brettern verbarrikadiert.

Nun hat die grösste Partei der Schweiz genug. Nach zwei Jahrzehnten an derselben Adresse zieht das SVP-Sekretariat in den nächsten Monaten um, wie Generalsekretär Martin Baltisser auf Anfrage bestätigt. Die neuen Büros



#### Martin Baltisser

Der 43-Jährige ist seit Mitte 2009 als Generalsekretär der SVP tätig.

seien weniger exponiert und nicht mehr im Parterre gelegen, sagt er. Wohin die Reise genau geht, gibt Baltisser allerdings nicht preis. Nur so viel: Man bleibe in der Stadt Bern.

Baltisser ist merklich bemüht, dem Umzug keine allzu grosse Bedeutung beizumessen. Die Übergriffe seien nur ein Grund unter mehreren, der zum Entscheid geführt habe, sagt er. Man habe «insgesamt eine bessere Raumsituation gesucht», also auch bezüglich Platzverhältnissen, Raumaufteilung und Preis-Leistungs-Verhältnis. «Es ist nicht so, dass wir uns vertrieben fühlen», stellt Baltisser klar.

#### 23 Polizeimeldungen in einem Jahr

Nach einer Häufung der Vorfälle im Sommer 2011 war es im laufenden Jahr rund um das Generalsekretariat wieder etwas ruhiger geworden. Eine Liste der Übergriffe führt Baltisser anders als vor einem Jahr nicht mehr. Gemäss einer Sprecherin der Berner Kantonspolizei hat die Zahl der gemeldeten Sachbeschädigungen in diesem Jahr merklich abgenommen. Demnach gingen bis Ende September drei Meldungen ein, 2011 waren es noch deren 23 gewesen.

Die Verwaltung der betreffenden Liegenschaft ihrerseits verzeichnete in der Buchhaltung der letzten sechs Jahre 16 Zahlungen für die Beseitigung der Schäden am Gebäude, wie eine Mitarbeiterin auf Anfrage sagt. Trotz des Aufwands habe nicht die Verwaltung, sondern die SVP selber den Mitvertrag per Ende Jahr gekündigt.

### Rücktritt von SVP-Nationalrat Peter Spuhler

## Unternehmer

SVP-Nationalrat Peter Spuhler gibt sein Mandat des harten Frankens und der Eurokrise ein Auf

#### Von Andreas Flütsch

Peter Spuhler muss sich dringend um sein Geschäft kümmern. Die schwelende «Verschuldungskrise in Europa» bewirke, «dass die Anzahl internationaler Ausschreibungen stark zurückgeht und wir bei den verbleibenden Ausschreibungen nach wie vor unter dem starken Franken leiden», begründete Spuhler gestern seinen Rücktritt als Nationalrat. Im Klartext heisst das, dass die Aufträge einbrechen und die eh schon knappen Margen im Geschäft mit Zügen und Trams weiter schwinden. Die anhaltende Euroschwäche «und eine anziehende Rezession in wichtigen Absatzmärkten» seien die Hauptursachen des Abwärtstrends.

Noch zehrt Stadler Rail von den zwei Spitzenjahren 2008 und 2010 mit Neuaufträgen im Umfang von 2,6 respektive 2,9 Milliarden Franken. Seither lässt das Neugeschäft stark nach. Im letzten Jahr lag der Bestellungseingang bei rund 1,3 Milliarden Franken, das ist etwa so viel wie 2009 in der Finanzkrise. Das Gefälle ist enorm: In den schwachen Jahren war der Auftragseingang nur halb so gross wie im Boom. Dieses Jahr ist das Auftragsvolumen erneut markant geschrumpft: «Der Auftragseingang 2012 wird sicher unter einer Milliarde Franken liegen», bestätigte Spuhler dem «Tages-Anzeiger» gestern.

#### Ein Jahr, um das Loch zu stopfen

Vom Auftragseingang bis zur Ablieferung dauert es bei Schienenfahrzeugen meist drei bis vier Jahre. Sobald die Bestellungen aus den beiden Spitzenjahren abgearbeitet sind, fehlt es an Arbeit. «Es zeichnet sich ab, dass wir mittelfristig in den Jahren 2014 bis 2016 noch keine genügende Auslastung in den Schweizer Werken haben, wenn es uns nicht gelingt, den Auftragsrückgang vorab in der kriselnden Eurozone mit zusätzlichen Bestellungen aus anderen Weltgegenden zu kompensieren», sagt Spuhler. Man müsse früh genug reagieren, dürfe nicht zuwarten: «Jetzt haben wir ein Jahr Zeit, das Auftragsloch zu stopfen.»

Der Einbruch bei den Aufträgen ist ein Problem, die erodierende Ertragskraft ein weiteres. «Die Währungsverwerfungen haben uns letztes Jahr rund zwei Prozent Ebit-Marge gekostet», rechnet Spuhler: «Wir sind bei vielen Aufträgen unter Margendruck, aber noch deutlich in den schwarzen Zahlen.» Stadler Rail könne aber die Kosten noch weiter senken und noch mehr Einkaufsvolumen in die Eurozone verlagern.

Aufhorchen lässt, dass sich in den vier Schweizer Werken, die den Löwenanteil exportieren, ein Arbeitsmangel abzeichnet. Das verträgt sich nicht mit dem riesigen Kostenblock, den Spuhler im Hochlohnland Schweiz mit dem harten Franken aufgebaut hat: Hier arbeiten zwei Drittel der 4500 Mitarbeiter.

#### Spuhlers Flucht nach vorn

Das enorme Wachstum der letzten Jahre wird zur Belastung. 2006, als Spuhler der Zürcher Beteiligungsfirma Capvis 20 Prozent an Stadler Rail verkaufte, machte die Firma 786 Millionen Franken Umsatz, für 2012 waren 2,4 Milliarden Umsatz budgetiert. Im Juni wurde das Umsatzziel um 150 Millionen Franken reduziert. Die Zahl der Mitarbeiter stieg seit 2006 von gut 2000 auf mehr als das Doppelte an. Spuhlers Unternehmen umfasst heute - neben den Stammwerken in der Schweiz - vier Fabriken in Deutschland plus weitere Werke und Standorte in Polen, Tschechien, Ungarn, Algerien, Österreich sowie in Italien.

Stadler Rail ist heute so gross und in Europa so breit aufgestellt, dass Spuhler praktisch nur die Flucht nach vorn bleibt: «Es muss uns gelingen, in den nächsten Jahren ausserhalb von Europa neue Märkte zu erobern.» Ein ambitioniertes Ziel, macht doch der Exportanteil ausserhalb der Eurozone derzeit erst rund ein Viertel aus. Darum muss-



Da war er noch Unternehmer und Parlamentarier:

ten er und seine Mannschaft jetzt «an die Säcke», er selbst noch mehr ins Ausland reisen und verkaufen - mit ein Grund, warum er die Politik aufgeben. Er sei zuversichtlich, dass die Firma in Osteuropa, in Nordamerika, in Brasilien, in Südafrika, in Asien oder Australien ausreichend zusätzliche Aufträge hereinholen kann, um die Lücke zu schliessen.

#### Partner Capvis steigt aus

Auch im Inland will Spuhler mehr Aufträge generieren. «Wir werden den SBB im Dezember ein Angebot abgeben für die Ausschreibung von Hochgeschwindigkeitszügen für die Neat-Achse» - ein Milliardenauftrag, so er ihn denn gewinnt. Gelingt die internationale Expansion nicht, riskiert Spuhler, dass er in

# Spuhler unter Druck

ab. Seiner Schienenfahrzeug-Firma Stadler Rail droht wegen  
Lückerloch. Die Lücke sollen Aufträge aus anderen Weltregionen füllen.



Peter Spuhler im März 2012 bei der Taufe einer SBB-Hybridlokomotive. Foto: EQ Images

grossem Ausmass Stellen abbauen muss, vorab in der Schweiz mit ihrem hohen Kostenniveau. Die ausländischen Standorte seien gut ausgelastet. Dort ist offenbar keine grosse Auftragslücke in Sicht.

Im März, ein halbes Jahr bevor die angespannte Situation publik wurde, kündigte Spuhlers Partner Capvis den Ausstieg an. Aus dem Börsengang von Stadler Rail, der beim Einstieg von Capvis eine Option war, wurde nichts wegen der Finanzkrise. Der schwindende Auftragseingang hat die Beteiligungsgesellschaft nun offenbar dazu bewegt, noch rechtzeitig Kasse zu machen. 10 Prozent der Aktien an seinem Unternehmen musste Spuhler im Frühling sofort zurückkaufen, den Rest über die nächsten drei Jahre.

«Ich kann Capvis aus eigenen Mitteln abfinden, ich brauche dafür keine Kredite», betont Spuhler. Ob das wirklich zutrifft, ist nicht nachprüfbar. Der Milliardenkonzern Stadler Rail veröffentlicht bloss Zahlen zu Auftragseingang, Umsatz und Mitarbeiterbestand, legt aber weder Ertrag noch Bilanz offen. Über seine privaten Finanzen will Spuhler nicht sprechen.

Eine Belastung stellt der Ausstieg von Capvis allemal dar, muss Spuhler doch in schwierigen Zeiten zumindest Dutzende von Millionen Franken in die Hand nehmen, um die Beteiligungsfirma abzufinden.

Bilder: Spuhler und die SVP  
www.spuhler.tagesanzeiger.ch

Nachgefragt

## «Ein gewaltiger Spagat»

Mit Peter Spuhler sprach Matthias Chapman

### Wann war Ihnen klar, dass Sie zurücktreten?

Ich ging im Sommer über die Bücher und habe den Beschluss Ende der Sommerferien gefasst. Dann habe ich die Parteileitung informiert.

### Warum gerade jetzt der Rücktritt?

Die Lage in für uns wichtigen Absatzmärkten - Italien, Spanien aber auch Osteuropa - verschlechtert sich, das Auftragsvolumen nimmt ab. Zwar haben wir noch immer volle Auftragsbücher, aber wir müssen uns jetzt schon um Aufträge für 2014 und später bemühen. In dieser Situation musste ich entscheiden zwischen Stadler Rail und der Politik.

### Ist Ihre Firma Opfer des starken Frankens?

Ich will mich nicht beschweren. Als Unternehmen lebt man mit Kurschwankungen. Einmal steht man auf der Gewinnerseite, das andere Mal auf der Verliererseite. Wichtig ist, dass man schnell reagieren kann.

### Heisst das, Sie werden Jobs ins Ausland verlegen?

Nein. Sollte aber die Frankenuntergrenze in nächster Zeit aufgehoben werden, können wir das nicht mehr ausschliessen.

### Sie sprechen davon, dass Sie ausserhalb Europas neue Märkte erschliessen wollen. Sie sind bereits stark zum Beispiel in Weissrussland vertreten. Wohin geht die Reise?

Weissrussland ist für mich noch Europa. Nein, da reden wir von den GUS-Staaten, Indien, Südafrika oder auch Nordamerika. Wobei wir auch in Nordamerika mit dem schwachen Dollar kämpfen. Darum bemühen wir uns, dort Montagewerke aufzubauen.

### Hand aufs Herz - wie viel hat Ihr Rücktritt als Nationalrat mit den Wirren in Ihrer Partei zu tun?

Eine Volkspartei lebt von harten Debatten. Mein Rücktritt hat damit nichts zu tun. Im Gegenteil, ich habe sogar sehr lange damit gerungen, aufzuhören.

### Aber Sie hatten in der SVP einen schwierigen Stand. Bezüglich Personenfreizügigkeit und Frankenuntergrenze waren Sie sich mit Christoph Blocher nicht einig.

Nochmals, in einer so grossen Partei wie der SVP muss es Platz haben für verschiedene Meinungen. Bei uns gibt es keine Wattedeckelungen, da geht es halt mal heftig zu und her.

### Kehren Sie der Politik ganz den Rücken?

Ich bleibe sicher SVP-Mitglied und wäre bereit, in der Partei eine nicht allzu zeitintensive Funktion zu übernehmen.

### Können Sie sich eine spätere Rückkehr in die Politik vorstellen?

Jetzt sage ich Nein. Aber ganz ausschliessen will ich das nicht.

### Kann man sich als Unternehmer überhaupt im eidgenössischen Parlament engagieren?

Leider ist das immer weniger vereinbar, es ist ein gewaltiger Spagat. Dennoch bin ich der Meinung, dass das Milizsystem für die Schweiz richtig ist. Was da in Kommissionssitzungen an Erfahrung aus der Praxis einfließt - darauf sollte man nicht freiwillig verzichten. (Tagesanzeiger.ch/Newsnet)

## Blocher liebäugelt mit Initiative gegen Berufsparlamentarier

Trotz Problemen der SVP-Milizpolitiker Spuhler, Rickli und Mörgeli: Christoph Blocher denkt an eine Initiative, um Berufspolitiker zu verunmöglichen.

### Von Iwan Städler

13 Jahre lang hat es Peter Spuhler geschafft: Neben seinem hohen beruflichen Engagement als Unternehmer wirkte er auch im Nationalrat. Nun muss der SVP-Mann als Milizparlamentarier kapitulieren. Zu gross ist die «Herausforderung» in seiner Firma geworden.

Nicht nur bei ihm führte die Doppelbelastung von Politik und Beruf in den letzten Wochen zu Problemen. Betroffen ist auch seine Parteikollegin Natalie Rickli. Sie erlitt ein Burn-out und muss einige Monate pausieren. Christoph Mörgeli wurde entlassen, nachdem ihm die Uni Zürich vorgeworfen hatte, er vernachlässige seine Arbeit als Konservator des Medizinhistorischen Museums. Er selbst sieht sich als Opfer seines politischen Engagements.

### Unternehmer, Nationalrat, Oberst

Was läuft da schief? Christoph Blocher, der 24 Jahre lang gleichzeitig Nationalrat und Chef der Ems-Chemie war, versteht Spuhlers Entscheid: «Ich hätte mich ebenfalls für das Unternehmen entscheiden, wenn es nicht mehr gegangen wäre.» Es sei nun einmal schwieriger, einen Unternehmer zu ersetzen als einen Nationalrat. Er selbst habe «nach der jahrelangen klassisch schweizerischen Devise gelebt: Ein Unternehmer muss Unternehmer, Nationalrat, Oberst und Familienvater sein. Das ist umfassende Verantwortung.» Dafür habe er auf gesellschaftliche Anlässe verzichtet.

Ende der 80er- und Anfang der 90er-Jahre ist aber auch Blocher angesichts der Krise in der Textilindustrie und sei-

nes Kampfs gegen den EWR ans Limit gekommen: «Ich hatte einen Nervenzusammenbruch», sagt er. «Das gibt es halt. Das darf man auch haben.»

Viele National- und Ständeräte ziehen es dagegen vor, ihr berufliches Engagement zu reduzieren. Oder sie lassen sich von einem Verband, einer Gewerkschaft oder einer Umweltorganisation anstellen. Diese kommen so zu einem Lobbyisten oder einer Lobbyistin mit im Parlament.

Laut einer Studie aus dem Jahr 2010 gibt es im Ständerat keine Milizparlamentarier mehr, die weniger als 30 Prozent ihrer Arbeitszeit der Politik widmen; im Nationalrat ist es noch jeder siebte. Dafür nimmt die Zahl der Berufspolitiker zu. So hat die Schweiz offiziell zwar noch ein Milizparlament. Doch wer politisch ganz vorne mitspielen will, macht in der Regel nicht mehr viel anderes.

### Nur noch ein Drittel des Gehalts

«Diese Entwicklung ist verhängnisvoll und muss gebremst werden», findet Blocher. Für den Erfolg der Schweiz sei das Milizsystem entscheidend. Nur Milizparlamentarier könnten die tatsächlichen Lebensverhältnisse einbringen. Berufspolitiker hingegen würden zu aktenwälzenden Bürokraten, die ihre Tage in Sitzungen verbrächten. Blocher will daher Berufsparlamentarier verunmöglichen. Die Entschädigungen für National- und Ständeräte müssten gesenkt werden, sodass sie nur ein Drittel des Gehalts ausmachten. «Die Parlamentarier würden sich danach richten und auch nicht mehr arbeiten», meint der SVP-Vizepräsident.

Vom Parlament sei ein derartiger Entscheid aber nicht zu erwarten. «Dafür braucht es eine Volksinitiative.» Konkrete Pläne dafür gebe es noch nicht, so Blocher: «Ich habe mehr Ideen, als ich realisieren kann.» SVP-Präsident Toni Brunner findet die Idee schon mal «unterstützungswürdig».

## FDP und BDP profitieren vom Rücktritt Spuhlers

Mit Unternehmer Peter Spuhler verliert die SVP einen Sympathieträger, der für die Partei viele Stimmen im liberalen Lager holte.

### Von David Schaffner, Bern

Ein Strippenzieher im Parlament ist SVP-Nationalrat Peter Spuhler nicht. Kein Politiker glänzte derart oft mit Abwesenheit wie er. Und war er anwesend, rauschte er nach wichtigen Abstimmungen zuweilen direkt zurück ins Berufsleben. Dennoch hat der Thurgauer eine grosse Strahlkraft: Als Kopf des wirtschaftspolitischen Flügels der Partei wagte er es als einer der wenigen, Christoph Blocher zu widersprechen und abweichende Positionen zu vertreten. So kämpfte er für die Personenfreizügigkeit und gegen die Minarettinitiative.

Seine Stimme wird in der SVP künftig fehlen. Zumal mit Bruno Zuppiger der zweite wichtige Vertreter des Wirtschaftsflügels bereits das Handtuch geworfen hat - infolge seiner unrühmlichen Erbschaftsaffäre (TA von gestern). «Die SVP wird ungewollt homogener», meint der Politgeograf Michael Hermann. Übrig bleiben in der kleinen Gruppe des SVP-Wirtschaftsflügels weniger bekannte wie Hansruedi Wandfluh und Rudolf Joder. Auch sie ärgern sich regelmässig über den isolationistischen Kurs der Parteileitung. Das Risiko, sich öffentlich anders zu positionieren, gingen sie aber nur im Fahrwasser eines Spuhlers ein.

Wandfluh sagt denn auch: «Nach Spuhlers Rücktritt wird es nicht einfacher, in der Fraktion eine andere Meinung zu vertreten.» Er wolle sich aber die Freiheit nehmen, «auch weiterhin eine eigene Position zu vertreten, wenn es wichtig ist fürs Heimatland und die Wirtschaft». Auch SVP-Präsident Toni Brunner meint: «Spuhler stand in den

wichtigsten Punkten voll hinter dem Programm der SVP. Gelegentlich vertrat er eine andere Meinung und hat damit zum Meinungsbildungsprozess innerhalb der Partei einen wichtigen Beitrag geleistet.» Nachdem allerdings Spuhler im Sommer 2008 dem Parteiübertreter Blocher den Rücktritt nahegelegt hatte, wurde er von der Parteileitung längere Zeit möglichst ausgegrenzt.

### Eine grosse Lücke

Nun ist Spuhler dem Vizepräsidenten Blocher zugekommen, was dieser nach eigenem Bekunden bedauert: «Wir haben nochmals einen Unternehmer weniger. Das ist schade. Von ihnen gibt es ja ohnehin nicht viele», sagt Blocher. Fraktionschef Adrian Amstutz solle Spuhlers Sitz in der Wirtschaftskommission erben, Blocher selber will jenen in der Finanzkommission besetzen. Mit just solchen Personalentscheiden wird es für den Wirtschaftsflügel indes noch einmal schwerer, eigene Positionen zu vertreten.

In der FDP und der BDP dürften sich die Parteistrategen genau deshalb die Händchen reiben: «Der Wettkampf um das gewerbliche Wählersegment zwischen SVP, FDP und BDP ist nun voll entbrannt», meint Hermann. Jener Teil der SVP-Wählerschaft, der wirtschaftspolitisch offener ist, als es die Zürcher Parteistrategen vorschreiben, dürften sich nun neuen Kräften öffnen: «Mit Philipp Müller als Präsidenten ist die FDP in Gewerkekreisen wieder deutlich attraktiver geworden», sagt Hermann.

Nachfolgerin des berühmten Patrons Spuhler wird die Kantonsrätin Verena Herzog - auf dem nationalen Parkett ein unbeschriebenes Blatt. Laut Blocher ist sie «stark in Bildungsfragen». Die Lücke, die Spuhler mit seinen Kompetenzen und seiner Vernetzung als internationaler Unternehmer hinterlässt, wird die Frauenfelderin daher mit Sicherheit nicht schliessen können.